

04.06.2008

Kleine Anfrage 2557

der Abgeordneten Wolfgang Jörg und Hubertus Kramer SPD

Welche Entscheidungen bereitet die Landesregierung für das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Hagen vor?

Am 27. Juni 2006 wurde durch den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen die Absicht der Landesregierung veröffentlicht, die IT-Ressourcen der Landesverwaltung in einer Landeszentrale für Informationstechnik zu bündeln. In den vergangenen Monaten sind vermehrt Aktivitäten zu erkennen, die darauf schließen lassen, dass Entscheidungen in diesem Bereich unmittelbar bevorstehen.

Auch das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Hagen soll davon betroffen sein. Die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch Gerüchte über Aufgabenverlagerungen verunsichert, ohne über konkrete Fakten informiert zu werden.

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Planungen zu einer einheitlichen Landeszentrale für Informationstechnik?
2. Welche Bereiche sollen in dieser Landeszentrale gebündelt werden?
3. Welche konkreten Auswirkungen sind für die Beschäftigten des Gemeinsamen Gebietsrechenzentrums in Hagen zu erwarten?
4. Werden Beschäftigte des Gemeinsamen Gebietsrechenzentrums künftig durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizministeriums ersetzt?
5. Wie viele Arbeitsplätze des Gemeinsamen Gebietsrechenzentrums Hagen werden dem Standort Hagen verloren gehen?

Wolfgang Jörg
Hubertus Kramer

Datum des Originals: 03.06.2008/Ausgegeben: 05.06.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de